

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.

Vermerk Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsbaudienststelle beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postleitzettel: Dresden 1530  
Große Straße Riesa Nr. 52.

Nr. 55.

Freitag, 6. März 1925, abends.

78. Jahrg.

**Das Riesaer Tageblatt** erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Posten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Summe des Anzeigetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und "in oreas zu bezahlen"; eine Gewiße für das Er scheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. **Grundpreis** für die 8<sup>o</sup> um eins, 4 um jede Grundschrift, jede 16 Silben: 25 Gold-Pfennige, die 80 um dreißig Pfennige; 100 Gold-Pfennige: 50 Pfennige; zitierender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. **Gute Tarife**, bewilligte Miete schriftlich, wenn der Vertrag verfügt, durch Ablage eingezogen werden muss über der Auftraggeber in Konkurs gerät. **Zahlungs- und Fälligkeit**: zitierender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. **Gute Tarife**, Erhaber an der Elbe! — Im Falle höherer Gewalt — zitierend oder sonstlicher irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Biografen oder der Verlegerin oder der Verförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. **Notationsbedarf** und **Verlag**: Bäumer & Winterlich, Riesa. **Weißstoffscheide**: Goethestraße 59. **Berantwortlich für Redaktion**: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Der deutsche Schritt in der Sicherheitsfrage.

**BVD. Berlin**, 6. März 1925. Es ist nun nicht mehr daran zu zweifeln, dass die Reichsregierung in der Sicherheitsfrage durch die deutschen Botschafter in London und Paris tatsächlich einen Initiativschritt unternommen hat, als dessen Folge nunmehr eine außerordentlich lebhafte Diskussion unter den alliierten Regierungen eingetreten ist. Von rechtsstehender Seite ist an dem Vorwegen der Reichsregierung, die über ihre Absichten während der letzten Zeit ungünstig stilisiert geworden war, stets nachdrücklich geweckt worden. Man befürchtet nämlich, dass sich die deutsche Außenpolitik in der Sicherheitsfrage vorläufig auf Jahrzehnte hinaus festgelegt haben könnte. In den Kreisen der Reichsregierung erklärt man jedoch, dass bindende Angebote noch nicht gemacht worden sind, das aber selbstverständlich darauf gedacht werden müsse, deutscherseits feste Verschlüsse an die alliierten Regierungen zu machen. In Deutschland scheinen die parlamentarischen Kreise zu übersehen, von welch entscheidender Bedeutung die Lösung des Sicherheitsproblems ist und wie sehr viel davon abhängt, ob die von deutscher Seite ausgeworfenen Bereitwilligkeit zur Wissung dieser Frage von der Gegenseite auch ernst genommen wird. Die Berliner diplomatischen Kreise betonen daher nochmals, dass es absolut verfehlt wäre, wenn jetzt in Deutschland gegen das Vorwegen der Regierung Einpruch erhoben wird, zumal die deutsche Außenpolitik dringend an einer schnellen Regelung des Sicherheitsproblems interessiert ist. Die Reichsregierung ist sich wohl bewusst, dass sie innerpolitisch Widerstände überwinden muss, wenn sie jetzt dazu schreitet, sich durch einen Sicherheitspakt gegenüber den alliierten Regierungen auf lange Sicht hinaus zu binden und auf irgendwelche Bestrebungen zur Veränderung der deutschen Wehrkraft zu verzichten. Eine solche Bindung wird aber notwendig sein, um überhaupt zu einer Friedensgarantie zu kommen, die, wie schon wiederholt betont wurde, auch von Deutschland gefordert werden muss. Die deutsche Regierung wird selbstverständlich auf dem Prinzip der Gerechtigkeit verharren und verlangen, dass das Deutsche Reich vor den Grenzverlagerungen seiner Nachbarn geschützt wird und man ihm seine volle Souveränität garantiert. Wird dieses Ziel erreicht, so ist die Friedensfrage für Deutschland vorläufig gelöst, so dass der innere Wiederaufbau endlich ohne Störungen und Unterbrechungen von außen her fortgesetzt werden kann.

Im Reichskabinett selbst herrscht, wie wir ausdrücklich versichern können, über diese Fragen volle Einmütigkeit und es wäre ganz verfehlt, wenn etwa versucht werden sollte, Meinungsverschiedenheiten in die Regierung hinein zu tragen. Wenn von deutsch-nationaler Seite an der Haltung der Regierung Kritis geübt werden ist, so ist man in den Kreisen der Reichsregierung selbst kaum geneigt, hierin ein besonders beunruhigendes Moment zu erblicken. Die deutsch-nationale Partei wird, nach Auffassung der offiziellen Kreise, kaum dagegen Einpruch erheben können, wenn das Reichskabinett in voller Übereinstimmung mit den deutsch-nationalen Ministern und dem Reichstag in der Sicherheitsfrage Entscheidungen treffen sollte, die nur einmal im Rahmen der notwendigen Lebensbedürfnisse des Reiches liegen.

## Die Bedingungen Frankreichs.

**Paris**. Wie die Morgenblätter melden, werden Herrscher und Chamberlain am Sonnabend u. a. auch die Garantiefrage besprechen. Die französische Regierung habe sich noch an keinen endgültigen Stellungnahme zu den deutschen Vorschlägen entschließen können, obwohl ihnen die Mehrzahl des englischen Kabinetts günstig gegenübersteht. Die Morgenblätter melden folg. Bedingungen, unter denen die französische Regierung den deutschen Vorschlägen zu stimmen würde:

1. Abschluss militärischer Abmachungen zwischen Frankreich, England und Belgien außerhalb des Rahmens des geplanten Garantiekartells.
2. Eintritt Deutschlands in den Böllerbund unter Übernahme aller daraus sich ergebenden Verpflichtungen.
3. Weitgehende Abänderungen der deutschen Vorschläge über die Schiedsgerichtsvereinbarungen mit Polen und der Tschecho-Slowakei.

Die Blätter weisen darauf hin, dass die Staaten der kleinen Entente bei der Ausprache über das Genfer Protokoll bestimmt hätten, dass ihr territorialer, durch die Verträge von Versailles und Germain festgelegter Bestand auf keinen Fall Gegenstand eines Schiedsspruchs bilden dürfe.

## Aus dem Reichstage.

**BVD. Berlin**. In der Sitzung der deutsch-nationalen Reichstagfraktion wurde, wie wir hören, Mitteilung davon gemacht, dass zwischen der Deutsch-nationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung und den in Frage kommenden Verbänden Fühlung genommen worden ist zwecks Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl. Die Besprechungen befinden sich erst im Anfangsstadium. Verhandlungen sind noch nicht erörtert worden. Die Besprechungen werden in der nächsten Woche, wenn alle Führer der beteiligten Parteien in Berlin eingetroffen sind, fortgesetzt werden.

## Sur Regierungsbildung in Preußen.

**BVD. Berlin**. Ministerpräsident Marx hatte im Landtag am Donnerstag nachmittag eine neue Besprechung mit der Deutsch-nationalen Volkspartei. Von den Deutsch-nationalen wurde dabei eine kleine Koalition, bestehend aus den Demokraten und dem Zentrum, abgelehnt. Wenn

## Die Trauerfeier des Sächsischen Landtages.

**1. Dresden**. Am gestrigen Sonnabend nachmittags 1 Uhr fand die Trauerfeier des Sächsischen Landtages für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert statt. Der Haupteingang zum Landtagsgebäude am Schloßplatz war in breitem Umfang polizeilich abgesperrt. Verrittene Mannschaften standen den Platz rund um das König-Albert-Denkmal. Am Eingang des Gebäudes standen als Ehrenposten Polizeimannschaften. Die Säulen waren mit schwarzen Krepp behangen, in den Nischen und vor den Treppenstufen hatten Lorbeerböumen Anstellung gefunden. Der Sitzungssaal wies eine einfache aber wirkungsvolle Dekoration auf. Die Tribünenbrüstungen waren auf schwarzem Grunde mit rot-weißen Streifen behangen, deren leuchtende Farben durch schwarzen Krepp gedämpft wurden. Die Säulen wiesen die Wappenfarben grün-weiß mit schwarzen Schleifen auf. Das Präsidium und das Rednerpult waren schwarz-weiße Bekleidung. Unter dem Stuhle des Präsidenten hing über dem Bilde eine lange schwarz-rot-goldene Flagge herab, die ebenfalls mit Krepp abgedämpft war. Die Tribünen waren voll besetzt, und mit nur geringen Ausnahmen trugen die Besucher auch in ihrem Neukern den Sinn des Tages Bedeutung. Punkt 1/2 Uhr betreten die Fraktionen den Sitzungssaal, nur die Kommunisten fehlten. Angleichende Zeit füllten sich die Sitzungsbänke mit den Ministern und hohen Regierungsbeamten. Links vom Präsidenten des Landtags sahen Ministerpräsident Heldt, Minister des Innern Müller, Arbeitsminister Eßner, Bildungsmiester Dr. Kästner, auf der anderen Seite Finanzminister Dr. Reinhold und Amtskämmerer Bäumer, sowie Wirtschaftsminister Müller. Es verlief eine tiefe Stille im Saale, als Präsident Winkler und mit ihm sämtliche Mitglieder des Hauses, sowie die Tribünenbesucher sich erhoben.

### Präsident Winkler

verlas hierauf folgende Kündigung:

Ein schwerer Schlag hat das deutsche Volk getroffen. Am vergangenen Sonnabend vormittag erfuhrte uns die Kunde, dass der Reichspräsident Friedrich Ebert nach kurzem, aber schwerem Krankenlager aus dem Leben gesiegt ist. Ein ganzer Reich und weit über seine Grenzen hinaus hat dieser Schicksalschlag tiefe Trauer und mährtante Anteilnahme erweckt. Noch in voller Kraft lebend, raffte der unerbittliche Schnitter Tod den ersten Präsidenten der jungen deutschen Republik dahin. Parteibek und -bader schwiegen vor der Majestät des Todes. Wir stehen traurig an der Bühne Eberts und gedenken seiner Verdienste.

Eberts Bedeutung für die deutsche Nation und die deutsche Republik sind für jeden klar, der seinen Taten volle Gerechtigkeit widerfahren lässt. Er war der Repräsentant jener Kräfte, die nach dem Zusammenbruch im Kampf gegen bolschewistische und diktatorische Strömungen den Weg zur deutschen Demokratie bereiteten. Ein neues Staatsbewusstsein musste angelebt werden und sollte den Grund zu einem neuen Deutschland legen.

Der Werdegang des ersten Präsidenten des Deutschen Reiches ist deutschnachweislich für seine Tüchtigkeit, Klugheit und staatsmännische Eigenschaft. Als Sohn eines Handwerkers geboren, hat er durch eisernen Fleiß und rührige Tätigkeit bald in der deutschen Arbeiterschaft eine hervorragende Führerrolle eingenommen. Nach der Umwälzung war er es, der auf schnellstem Wege die Nationalversammlung einberief, damit sie die Einheit des Reiches herstellen konnte. Es war klar, dass die Zeit der revolutionären Durchflutungen beendet werden musste, um durch Wiederfindung zu normalen politischen Verhältnissen zu kommen.

es nicht, was dringend zu empfehlen wäre, zu einer Landtagslösung komme, so würde als einziger Ausweg von den Deutschen Nationalen die Bildung eines überparteilichen Beamtenkabinetts bezeichnet. Ministerpräsident Marx behielt sich vor, zu dieser Anregung Stellung zu nehmen.

In Verbindung mit dem Gedanken der Bildung eines überparteilichen Beamtenkabinetts wird in parlamentarischen Kreisen der Gedanken der frühere Entwicklungs-kommissar, Staatssekretär o. D. Peters, genannt.

## Aufruf an die Eisenbahner.

**Dresden**. Die Reichsbahndirektion Dresden hat gekennzeichnet folgenden Aufruf an das Personal erlassen:

"Unerwartet des Ausgangs der in Berlin schwedenden Lohnverhandlungen und unter Wissenschaft des Bahnstrauers um den Reichspräsidenten haben an einzelnen Dienststellen im Laufe dieser Nacht Arbeiter ohne vorherige Streikankündigung die Arbeit niedergelegt. Dieses Verhalten ist pflichtvergessen und mit der Ehre der sächsischen Eisenbahner unvereinbar. Ich warne ernst und eindringlich, sich durch Unverantwortliche zu einem gleichen pflichtvergessenen Verhalten verleiten zu lassen und fordere alle Eisenbahner auf, alle Kräfte aufzubieten, dass der Betrieb im vollen Umfang aufrecht erhalten wird. Zugleich stelle ich hierdurch den Streit eine Frist bis heute (Donnerstag) mittags 2 Uhr zur bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit. Nicht erscheinen haben sich als entlassen zu betrachten."

**Sur Vorfälle des Eisenbahnerkreises**  
stellt die Pressestelle der Reichsbahndirektion folgendes fest: Die Eisenbahnergewerkschaften hatten die den Lohn und die Arbeitszeit betreffenden Bestimmungen des Lohnarbeitsvertrages für den 28. Februar 1925 gefügt, worauf die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft mit den Spuren-

sammentretenen Nationalversammlung wählte Ebert zum ersten Präsidenten der deutschen Republik. Als solcher war es sein Bestreben, die deutsche Einheit zu wahren, und wo sie gefährdet war, diese Gefahren zu begegnen, und wo sie gefürchtet war, diese Gefahren zu begegnen. Eines seiner größten Verdienste dürfte es sein, dass er durch sein planvolles Arbeiten wieder Ruhe und Stetigkeit in die inneren politischen Verhältnisse brachte, und dass er durch sein energisches Einsetzen auch das weitere Ziel erreichte, die Außenpolitik wieder in solche Bahnen zu lenken, welche nach den wirklichen Lebensnotwendigkeiten des Volkes unbedingt gegangen werden mussten. Er konnte in dieser Hinsicht sich nicht von gewöhnlichen Stimmungen und Strömungen einzelner Volkskreise leiten lassen, und welche auftraten, ist mit unbekrebsbarer Festigkeit, verlässlich und Mut, der vor seiner Lebensgefahr zurückdrohte, auch gegen diese die richtige Wahl gegangen. Zu all den furchtbaren Wahlen, die der deutschen Republik in den letzten Jahren beschieden waren und die ihr Geiste oft bis zur Wurzel erschütterten, war Friedrich Ebert oft nahezu die einzige bindende Kraft, die das Reich zusammenhielt.

Sechs Jahre lang bat Ebert sein verantwortungsvolles Amt mit Geschicklichkeit, Besonnenheit und vorstelliger Zuverlässigkeit bekleidet. Es waren sechs Jahre schwierige Aufgaben für das deutsche Reich. Aber jetzt an der Bühne Eberts finden wir, dass sein Wollen und Wirken von Erfolg gekrönt war. Die Beziehungen zum Ausland haben sich wesentlich gebessert, und wenngleich das Ziel Eberts, durch seine ausgleichende Wirkung die Befreiung des Volkes, der Friedensdiktates zu erreichen und an dessen Stelle einen wirklichen Frieden zu sehen, nicht erreicht worden ist, so ist die Ursache die, dass der Verbliebene viel zu früh aus unseren Reihen schieden muhte. Ebert war in seiner Tätigkeit nahezu auf sich allein gestellt. Es läuft sich kaum ein Beispiel ähnlicher Art und ähnlicher Aufgaben in der deutschen Geschichte finden. Erst daran können wir die wirkliche Tüchtigkeit Eberts ermessen.

Alsein aus der Arbeiterbewegung hervorgegangener Führer segte er seinen Stolz darin, ganz ein Zugehöriger zu seiner Partei und der Arbeiterschaft zu bleiben. Sein Wahlspruch war, als Sohn des Volkes für sein Volk zu schaffen und zu wirken. Aber trotzdem ließ er sich bei seinem Wahlnamen und Wirken nicht von einseitigen Gedankenpunkten leiten. Ausgleichend und zusammenführend zwischen allen Ständen des Volkes zu wirken, war sein Ziel. Die Einheit des deutschen Volkes in einem freien, einigen Deutschland war sein Streben. Wer die Gelegenheit hatte, Ebert näher kennen zu lernen, wird nur mit der größten Hochachtung zu ihm erfüllt sein.

Der Sächsische Landtag und die sächsische Regierung erwiesen voll durchaus den Verlust, den Deutschland durch Eberts Tod erlitten hat. Landtag und Regierung sind einmütig der Aufsicht, das Ziel, das Ebert vorschwebte, weiter zu verfolgen und zu erreichen, nämlich ein freies, einiges Volk auf freier deutscher Erde. Neben dem Schmerz und der Trauer, die das deutsche Volk erfüllt, gedenken wir auch des Schmerzes, den die Familie des Verbliebenen durchzittert. Regierung und Landtag sprechen der Familie das herzlichste Beileid aus.

Zum Zeiten der Trauer und der Anteilnahme schlägt Ihnen der Landtagsvorstand vor, die heutige Sitzung des sächsischen Landtages nicht abzuhalten und die heutige Tagesordnung am Dienstag, den 10. März, mittags 1 Uhr, zu erledigen.

Das Haus erklärte sich damit einverstanden und lautlos leerte sich der Saal.

vertretungen der Eisenbahnergewerkschaften in Verhandlungen eintrat. Hierbei wurde eine Vereinbarung getroffen, dass auch nach dem 1. März die gefügten Bestimmungen des letzten Tarifvertrages als ungültig gelten sollten, bis die Verhandlungen zum Abschluss gekommen seien. Ungeachtet dieser Bindung und unverachtet des Ausgangs der Verhandlungen hat der Deutsche Eisenbahnerverband die Führung des Streits übernommen, ohne das diezeitliche Sonderliche Aufklärung vorausgegangen wäre. Im Laufe des gestrigen Tages ist außer auf den im Morgenbericht erwähnten Dresden und Chemnitzer Dienststellen noch auf einigen anderen die Arbeit teilweise niedergelegt worden, u. a. in Reichenbach, Riesa und Engelsdorf. Die Betriebslage hat sich hierdurch aber nicht wesentlich geändert, da die ausgesetzten Posten in der Hauptstrecke mit arbeitswilligen Beamten und sonstigen Erhöhrern besetzt werden konnten. Besondere Konnte der Personenverkehr ungestört durchgeführt werden.

## Die Unglücksfälle bei der Trauerfeier.

**BVD. Berlin**. Die Meldungen über eine übergroße Zahl von Unglücksfällen, ja sogar Todeställen bei der Trauerfeierlichkeit in Berlin erwiesen sich nach Auskunft von auffälliger Stelle glücklicherweise als stark übertrieben. Die Polizei hat festgestellt, dass in Wirklichkeit nur etwa 150 Fälle von Erkrankungen zur Behandlung gekommen sind. Darunter befand sich nicht ein einziger schwerer und lebensgefährlicher Unfall. Die Polizei ist ferner der Ansicht, dass viele Ohnmachtsanfälle nur markiert wurden von Leuten, die sich auf diese Weise aus dem Gedränge der Volksmassen herausbringen lassen wollten. Da viele Ohnmachtsanfälle vorgekommen sind, erklärt sich daraus, dass manche Leute stundenlang gestanden haben, ohne sich vorher mit Themen verabschieden zu haben.